

Zivilprozessrecht

Sendmeyer

5. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-82543-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Sendmeyer
Zivilprozessrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zivilprozessrecht

Erkenntnisverfahren und
Zwangsvollstreckung

von

Dr. Stefanie Sendmeyer

Professorin an der
Frankfurt University of Applied Sciences

5. Auflage 2025

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

beck.de
ISBN 978 3 406 82543 9

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: DTP-Vorlagen der Autorin
Umschlag: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses
Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Im Studium wird das Verfahrensrecht oftmals vernachlässigt. Viele Studierende beginnen mit der Examensvorbereitung, ohne sich mit diesem Rechtsgebiet beschäftigt zu haben, teilweise auch ohne die Vorlesungen ZPO I und ZPO II gehört zu haben. Dieses Buch soll allen Leserinnen und Lesern die Grundzüge des Zivilverfahrensrechts vermitteln. Es ist dabei in erster Linie an Studierende gerichtet, die sich im Rahmen der Vorbereitung auf das Erste Examen in kurzer und prägnanter Weise mit diesem – ihnen ggf. weitestgehend neuen – Rechtsgebiet auseinandersetzen wollen bzw. müssen. Die Darstellung des Stoffes orientiert sich maßgeblich an der Examensrelevanz der verfahrensrechtlichen Regelungen und Probleme. Insbesondere wird auf Fallgestaltungen hingewiesen, in denen das Verfahrensrecht in einer Examensklausur relevant werden kann. Prüfungsschemata sollen den Aufbau einer eher prozessrechtlich ausgerichteten Klausur erleichtern. Für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit bestimmten Problemstellungen wird auf weiterführende Literatur verwiesen.

Hinweise, Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind herzlich willkommen an stefanie.sendmeyer@fb3.fra-uas.de.

Frankfurt, Spätherbst 2024

Stefanie Sendmeyer



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII
Kapitel 1. Einführung in das Zivilverfahrensrecht	1
A. Notwendigkeit staatlichen Rechtsschutzes	1
B. Die verschiedenen Verfahrensarten	2
I. Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren	2
II. Einstweiliger Rechtsschutz	3
C. Die Organe der Rechtspflege	3
D. Das Zivilverfahrensrecht in der Examensprüfung	4
Kapitel 2. Das Erkenntnisverfahren	5
A. Allgemeine Grundlagen des Erkenntnisverfahrens	5
I. Die Verfahrensgrundsätze	5
1. Dispositionsmaxime	5
a) Inhaltliche Ausprägung	5
b) Ausübung der Dispositionsmöglichkeiten	6
2. Verhandlungsmaxime bzw. Beibringungs- grundsatz	6
a) Allgemeiner Grundsatz	6
b) Modifizierungen zur Gewährung „richtiger“ Entscheidungen	7
c) Modifizierungen mit Blick auf den Beschleu- nigungsgrundsatz	8
d) Amtswegige Prüfung der Zulässigkeitsvoraus- setzungen	8
3. Mündlichkeitsgrundsatz	8
a) Inhaltliche Ausprägung	8
b) Durchführung von Videoverhandlungen	9
4. Grundsatz der Unmittelbarkeit	10
5. Beschleunigungsgrundsatz bzw. Konzentrations- maxime	10
6. Grundsatz des rechtlichen Gehörs, Art. 103 I GG	10
7. Öffentlichkeitsgrundsatz, §§ 169 ff. GVG	10

8. Anspruch auf ein faires Verfahren.....	11
II. Überblick über den Verfahrensablauf.....	11
1. Klageerhebung und vorbereitendes Verfahren	11
2. Haupttermin und mündliche Verhandlung.....	12
a) Güteverhandlung nach § 278.....	13
b) Mündliche Verhandlung.....	13
c) Entscheidung des Rechtsstreits.....	13
3. Krankheitsbedingte Störungen im Ablauf des Verfahrens	14
III. Prüfungsmethode des Gerichts: die sog. Relations- technik	15
IV. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Zivilprozess- recht.....	16
1. Digitalisierung der Justiz.....	16
2. Klagen durch private Legal Tech-Anbieter	17
3. Instrumente des kollektiven Rechtsschutzes.....	18
4. Stärkung des Justizstandorts Deutschland	18
B. Klage und Klageerhebung	19
I. Die verschiedenen Klagearten	19
1. Die Leistungsklage	19
a) Klageziel	19
b) Rechtsschutzbedürfnis.....	20
2. Die Feststellungsklage.....	20
a) Klageziel	20
b) Rechtsschutzbedürfnis.....	21
c) Negative Feststellungsklage	22
3. Die Gestaltungsklage.....	23
II. Inhalt und Form der Klage.....	23
1. Der Klageantrag	23
2. Der durch die Klage festgelegte Streitgegenstand	24
a) Die verschiedenen Streitgegenstandsbegriffe.....	24
b) Die Bedeutung des Streitgegenstands.....	25
3. Die (objektive) Klagehäufung	26
a) Kumulative Klagehäufung	26
b) Stufenklage, § 254.....	26
c) Eventuelle Klagehäufung	27
d) Alternative Klagehäufung	27
III. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Klage.....	27
1. Die Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	27
a) Grundlagen der Prüfung	27
b) Der Prüfungsaufbau aus Sicht des Gerichts.....	29
c) Der Prüfungsaufbau aus Sicht des Anwalts.....	29
2. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen.....	30

a) Deutsche Gerichtsbarkeit	30
b) Zulässigkeit des Zivilrechtswegs.....	30
c) Sachliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	30
d) Örtliche Zuständigkeit.....	31
aa) Der allgemeine Gerichtsstand.....	31
bb) Die ausschließlichen Gerichtsstände	31
cc) Die besonderen Gerichtsstände.....	32
dd) Zuständigkeitsvereinbarungen	33
ee) Rügelose Einlassung.....	33
e) Funktionelle Zuständigkeit.....	33
f) Internationale Zuständigkeit.....	34
3. Parteibezogene Sachurteilsvoraussetzungen.....	34
a) Parteifähigkeit	34
b) Prozessfähigkeit	35
c) Prozessführungsbefugnis.....	35
d) Postulationsfähigkeit	36
4. Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvorausset- zungen	36
a) Wirksame und ordnungsgemäße Klageerhebung	36
b) Klagbarkeit des Anspruchs.....	37
c) Fehlende anderweitige Rechtshängigkeit	37
d) Keine entgegenstehende Rechtskraft.....	37
e) Rechtsschutzbedürfnis.....	38
5. Voraussetzungen für besondere Verfahrensarten	38
6. Verzichtbare Rügen.....	38
IV. Die Rechtshängigkeit und ihre Wirkungen	39
1. Wirkungen der Rechtshängigkeit.....	39
2. Besonderheit: Veräußerung der streitbefangenen Sache	39
V. Dispositionsmöglichkeiten des Klägers	40
1. Klageänderung, §§ 263, 264.....	41
a) Voraussetzungen	41
b) Folgen	41
2. Klagerücknahme nach § 269	42
3. Verzicht nach § 306.....	42
C. Die Reaktionen des Beklagten auf die Klage.....	43
1. Verteidigung durch Klageabweisungsantrag	43
1. Überblick über die Möglichkeiten der Verteidigung	43
2. Das Bestreiten von Tatsachen.....	43
a) Einfaches Bestreiten.....	43
b) Substantiiertes Bestreiten	44
c) Bestreiten mit Nichtwissen.....	44

d) Folgen des Bestreitens.....	44
3. Das Zugestehen von Tatsachen	45
4. Der Vortrag neuer Tatsachen.....	45
II. Anerkenntnis.....	45
III. Prozessaufrechnung	46
1. Voraussetzungen	46
2. Hilfsweise Aufrechnung im Prozess.....	46
3. Rechtskraft im Hinblick auf die Gegenforderung.....	47
IV. Widerklage	48
1. Allgemeine Voraussetzungen	48
2. Die strittige Interpretation des § 33 I.....	49
3. Möglichkeit der Eventualwiderklage.....	50
4. Möglichkeit der Drittwiderklage	50
D. Beweislehre	51
I. Beweisbedürftigkeit.....	51
1. Grundsatz	51
2. Ausnahmen.....	52
II. Beweisverfahren und Beweismittel	52
1. Beweisantritt.....	52
2. Beweismittel im Strengbeweisverfahren	53
a) Augenschein.....	53
b) Zeugen	53
c) Sachverständige	54
d) Urkunden.....	54
e) Parteivernehmung	55
3. Freibeweisverfahren	55
4. Selbstständiges Beweisverfahren.....	55
III. Beweismäßigkeit und Beweismaß.....	56
1. Grundsätze.....	56
2. Ausnahme: Glaubhaftmachung, § 294.....	56
IV. Beweislast.....	57
1. Grundsatz	57
2. Ausnahmen.....	57
E. Das Urteil als gerichtliche Entscheidung	58
I. Allgemeine Grundlagen.....	58
1. Die verschiedenen Urteilsarten	58
2. Abgrenzung zu anderen gerichtlichen Entscheidungen.....	59
3. Aufbau des Urteils.....	59
II. Der Tenor	60
1. Entscheidung in der Hauptsache.....	60
2. Die Kostenentscheidung.....	61
a) Kostentragung	61

b) Die verschiedenen Kostenposten.....	61
3. Vorläufige Vollstreckbarkeit	62
III. Die Rechtskraft	63
1. Formelle Rechtskraft	63
2. Materielle Rechtskraft	63
a) Bedeutung	63
b) Objektive Grenzen	64
c) Zeitliche Grenze.....	64
d) Subjektive Grenzen	65
3. Durchbrechung der Rechtskraft.....	66
4. Innerprozessuale Bindungswirkung.....	66
IV. Mängel des Urteils.....	66
F. Das Versäumnisverfahren, §§ 330 ff.....	67
I. Versäumnisurteil gegen den Beklagten.....	67
1. Säumnis des Beklagten.....	67
a) Im Termin	67
b) Im schriftlichen Verfahren	68
2. Antrag des Klägers auf Erlass eines VUs	68
3. Kein Ausschluss nach §§ 335 I, 337 S. 1.....	68
4. Zulässigkeit der Klage.....	69
5. Schlüssigkeit des Klägervortrags.....	70
a) Bei Säumnis im Termin.....	70
b) Bei Säumnis im schriftlichen Verfahren.....	70
II. Versäumnisurteil gegen den Kläger.....	70
III. Entscheidung nach Aktenlage, § 331a	71
IV. Säumnis beider Parteien.....	71
V. Der Einspruch gegen ein Versäumnisurteil.....	71
1. Die Zulässigkeit des Einspruchs.....	73
a) Statthaftigkeit	73
b) Form und Frist.....	73
2. Die sog. Flucht in die Säumnis	73
3. Das zweite Versäumnisurteil	73
a) Prüfungsumfang	73
b) Rechtsbehelfe	74
G. Die Erledigung des Rechtsstreits	74
I. Zweck der Erledigungserklärung(en).....	74
II. Beidseitige Erledigungserklärungen	75
1. Beendigung des Rechtsstreits in der Hauptsache	75
2. Die Kostenentscheidung	75
III. Einseitige Erledigungserklärung	76
1. Die sog. Klageänderungstheorie.....	77
2. Zulässigkeit der geänderten Klage.....	78
a) Zulässigkeit der Klageänderung.....	78

b) Vorliegen eines Feststellungsinteresses.....	79
3. Begründetheit der geänderten Klage.....	79
4. Alternative Kostenfeststellungsklage	80
H. Prozessvergleich.....	80
I. Voraussetzungen.....	80
II. Unwirksamkeit.....	81
1. Gründe und Rechtsfolgen	81
2. Geltendmachung.....	82
I. Besondere Verfahrensarten	82
I. Amtsgerichtliches Verfahren, §§ 495 ff.....	83
II. Mahnverfahren, §§ 688 ff.	83
1. Der Erlass eines Mahnbescheids	83
a) Antrag	83
b) Voraussetzungen	84
c) Entscheidung.....	84
2. Verfahren nach Erlass des Mahnbescheids.....	85
a) Verfahren nach Widerspruch.....	85
b) Verfahren ohne Widerspruch	85
3. Europäisches Mahnverfahren	86
III. Urkundenprozess, §§ 592 ff.....	86
1. Voraussetzungen	86
a) Hinsichtlich der Klage.....	86
b) Hinsichtlich des Beklagtenvorbringens	87
2. Die Entscheidung des Gerichts	87
a) Klageabweisendes Urteil.....	87
b) Stattgebendes (Vorbehalts-) Urteil und Nach- verfahren	88
IV. PKH-Verfahren.....	89
V. Verfahren in Familiensachen	89
VI. Schiedsrichterliches Verfahren	90
J. Kollektiver Rechtsschutz durch das VDuR.....	90
I. Grundlagen des kollektiven Rechtsschutzes in Deutschland	90
II. Die neue Abhilfeklage nach dem VDuG	91
1. Klagebefugnis und weitere Zulässigkeitsvoraus- setzungen.....	92
2. Rechtsstellung der geschädigten Verbraucher	92
3. Urteil und Umsetzungsverfahren	93
III. Musterfeststellungsklage nach dem VDuG.....	94
K. Streitgenossenschaft und Beteiligung Dritter	94
I. Streitgenossenschaft bzw. subjektive Klagehäufung	94
1. Einfache Streitgenossenschaft.....	95
a) Voraussetzungen	95

b) Wirkungen.....	95
c) Folgen bei Nichtvorliegen der Voraussetzungen.....	96
2. Notwendige Streitgenossenschaft.....	96
a) Prozessrechtliche Gründe.....	96
b) Materiell-rechtliche Gründe.....	96
aa) Leistungsklage.....	96
bb) Feststellungsklage.....	97
cc) Gestaltungsklage.....	98
dd) Folgen für die Prozessführungsbefugnis.....	98
c) Wirkungen.....	98
3. Parteibeitritt.....	99
II. Beteiligung Dritter.....	99
1. Nebenintervention bzw. Streithilfe, §§ 66 ff.....	100
a) Voraussetzungen.....	100
b) Wirkungen.....	101
aa) Prozessgestaltung durch den Nebeninter-	
venienten.....	101
bb) Interventionswirkung des § 68.....	101
c) Sonderfall der streitgenössischen Nebeninter-	
vention.....	102
2. Streitverkündung, §§ 72 ff.....	103
a) Voraussetzungen.....	103
aa) Anspruch auf Gewährleistung oder	
Schadloshaltung.....	103
bb) Alternative Ansprüche auf Befriedigung	
desselben Interesses.....	104
cc) Partei besorgt den Anspruch eines Dritten.....	104
dd) Prüfung des Streitverkündungsgrundes.....	104
b) Wirkungen.....	104
c) Sonderfall des Gläubiger- bzw. Prätenden-	
tenstreits, § 75.....	105
3. Hauptintervention, §§ 64 f.....	105
L. Rechtsmittel.....	106
I. Allgemeine Grundsätze.....	106
1. Suspensiv- und Devolutiveffekt.....	106
2. Prüfungsaufbau.....	107
3. Verböserungsverbot.....	107
4. Grundsatz der Meistbegünstigung.....	108
II. Berufung.....	108
1. Statthaftigkeit.....	108
2. Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen.....	108
a) Form, Frist und hinreichende Begründung.....	108
b) Beschwer.....	109

c) Berufungssumme über 600 Euro oder Zulassung der Berufung	109
3. Begründetheit	110
4. Entscheidung	111
III. Revision	111
1. Statthaftigkeit	111
2. Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	111
3. Begründetheit	112
4. Entscheidung	112
5. Besonderheiten des neuen Leitentscheidungsverfahrens	113
IV. Sofortige Beschwerde	113
V. Rechtsbeschwerde	114
Kapitel 3. Zwangsvollstreckungsrecht	115
A. Allgemeine Grundlagen des Vollstreckungsverfahrens	115
I. Formalisiertes Verfahren	115
II. Die Verfahrensgrundsätze	115
III. Überblick über die einzelnen Vollstreckungsarten	116
B. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	117
I. Titel	117
1. Das Urteil als Titel nach § 704	117
2. Andere Vollstreckungstitel	118
II. Klausel	119
1. Einfache Vollstreckungsklausel	119
2. Qualifizierte Vollstreckungsklausel	120
a) Bedingte Leistungen	120
b) Titelumschreibung für und gegen den Rechtsnachfolger	120
3. Klauselerfordernis bei anderen Vollstreckungstiteln	120
4. Rechtsbehelfe gegen die Erteilung der Klausel	121
III. Zustellung des Titels	121
IV. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	121
C. Die Vollstreckung in körperliche Sachen	122
I. Die Durchführung der Pfändung	122
1. Das Haftungsobjekt	122
2. Gewahrsam des Vollstreckungsschuldners	124
3. Inbesitznahme durch den Gerichtsvollzieher	125
II. Die Wirkungen der Pfändung	125
1. Verstrickung	125
2. Pfändungspfandrecht	126
a) Gemischte Theorie	126

b) Öffentlich-rechtliche bzw. prozessuale Theorie	127
III. Die Verwertung der Pfandgegenstände.....	128
IV. Die Veränderung der materiellen Rechtslage.....	128
1. Eigentumsübergang am Erlös	128
2. Befriedigung des Vollstreckungsgläubigers	129
3. Eigentumserwerb des Erstehers	129
V. Problemfall: Versteigerung schuldnerfremder Sachen.....	130
1. Ansprüche gegen den Erwerber auf Herausgabe der Sache	130
2. Ansprüche gegen den Gläubiger auf Herausgabe des Erlöses.....	131
a) Vertragliche Ansprüche.....	131
b) Ansprüche aus angemessener Eigengeschäfts- führung.....	131
c) Dingliche Ansprüche.....	132
d) Deliktische Ansprüche	132
e) Bereicherungsrechtliche Ansprüche	132
3. Ansprüche gegen den Schuldner auf Schadens- ersatz	133
4. Ansprüche gegen den Staat.....	133
5. Möglichkeit der erneuten Vollstreckung	134
D. Die Vollstreckung in Vermögensrechte.....	134
I. Die Vollstreckung in Forderungen.....	134
1. Das Haftungsobjekt	134
a) Geldforderungen	134
b) Herausgabe- und Leistungsansprüche	135
2. Durchführung der Pfändung	136
3. Verwertung der Forderung	136
II. Vollstreckung in Anwartschaftsrechte	137
E. Die Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	138
I. Zwangsversteigerung.....	138
1. Anordnung der Versteigerung	138
2. Versteigerung	139
3. Verteilungsverfahren	139
II. Zwangsverwaltung.....	140
III. Zwangshypothek.....	140
F. Die Vollstreckung wegen anderer Forderungen	141
I. Herausgabeansprüche	141
II. Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen	142
1. Vornahme vertretbarer Handlungen	142
2. Vornahme nicht vertretbarer Handlungen.....	142
a) Vom Willen des Schuldners abhängig.....	142

b) Nicht ausschließlich vom Willen des Schuldners abhängig	143
3. Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen.....	143
III. Die Verurteilung zur Abgabe einer Willenserklärung.....	143
G. Überblick: Rechtsbehelfe in der Vollstreckung.....	144
I. Rechtsbehelfe des Vollstreckungsschuldners.....	144
II. Rechtsbehelfe des Dritten	145
III. Rechtsbehelfe des Vollstreckungsgläubigers	145
IV. Prüfungsaufbau	145
H. Rechtsbehelfe gegen die Klauselerteilung	146
I. Klauselerinnerung nach § 732 I	146
1. Zulässigkeit	146
2. Begründetheit	147
II. Klage gegen die Vollstreckungsklausel nach § 768	147
I. Vollstreckungserinnerung, § 766	147
I. Vollstreckungserinnerung nach § 766 I	148
1. Zulässigkeit	148
2. Begründetheit	149
II. Vollstreckungserinnerung nach § 766 II	149
III. Rechtsbehelfe	149
J. Vollstreckungsabwehrklage, § 767	149
I. Zulässigkeit.....	150
1. Statthaftigkeit	150
2. Zuständigkeit.....	150
3. Rechtsschutzbedürfnis	151
a) Urkundlich belegte Befriedigung bzw. Stundung	151
b) Statthafter Rechtsbehelf gegen die Klauselerteilung	151
c) (Möglichkeit der) Berufung.....	151
d) Einwendungen gegen ein VU	152
e) Einwendungen gegen einen Vergleich	152
II. Begründetheit	152
1. Vorliegen einer materiell-rechtlichen Einwendung	152
2. Präklusion nach § 767 II.....	152
a) Entstehungszeitpunkt der Einwendungen.....	153
b) Auswirkungen von Rechtsbehelfsverfahren	154
c) Titel, die der Rechtskraft nicht fähig sind	154
d) Besonderheiten beim Vollstreckungsbescheid	155
e) „Fortwirken“ der Präklusionswirkung	155
3. Präklusion nach § 767 III.....	155
III. Geltendmachung von Einwendungen gegen den Titel selbst.....	156

IV. Verwandter Fall der Titelherausgabeklage nach § 826 BGB.....	157
K. Drittwiderspruchsklage nach § 771 I.....	157
I. Zulässigkeit.....	158
II. Begründetheit	158
1. Interventionsrecht i.S.v. § 771 I.....	158
a) Eigentum.....	159
b) Eigentumsvorbehalt.....	159
c) Sicherungseigentum	159
d) Forderungsinhaberschaft	160
e) Schuldrechtliche Herausgabeansprüche	161
f) Beschränkt dingliche Rechte und Besitz	161
g) Einwendungen des Vollstreckungsgläubigers	161
2. Duldungspflicht des Dritten.....	161
III. Verwandte Klage auf vorzugsweise Befriedigung, § 805 I, II.....	162
Kapitel 4. Einstweiliger Rechtsschutz	163
A. Grundlagen des Einstweiligen Rechtsschutzes	163
I. Die Anordnung des Einstweiligen Rechtsschutzes	163
1. Voraussetzungen im Einzelnen.....	164
2. Entscheidung	165
3. Rechtsbehelfe	165
II. Vollziehung	165
1. Voraussetzungen	165
2. Rechtsbehelfe und Schadensersatz	166
B. Arrest, §§ 916 ff.	166
I. Arrestanspruch.....	166
II. Arrestgrund.....	166
1. Dinglicher Arrest, § 917	167
2. Persönlicher Arrest, § 918	167
III. Zuständigkeit	167
IV. Vollziehung	167
1. Dinglicher Arrest.....	167
2. Persönlicher Arrest	168
C. Einstweilige Verfügung	168
I. Sicherungsverfügung, § 935	168
II. Regelungsverfügung, § 940	169
III. Leistungsverfügung	169
Stichwortverzeichnis	171